

Stellungnahme

Eingebracht von: GABRIELE, MANN

Eingebracht am: 27.08.2020

Ich haben an die Email-Adresse eine lange Begründung geschrieben, wieso die Änderung des Epidemiegesetzes 1950 u.a. **VOLLSTÄNDIG ABZULEHNEN IST**
(Installation eines totalitären KONTROLL-Staates; Aussetzen der Bevölkerung der absoluten WILLKÜR EINES GESUNDHEITSMINISTERS, Terrorisierung der Bevölkerung, Fortführung der (TODES)-ANGST-POLITIK, Fortführung und Vertiefung der TRAUMATISIERUNG DER GESAMTEN BEVÖLKERUNG).

Dieses geplante neue Epidemiegesetz ist der UNIVERSELLEN DEKLARATION der MENSCHENRECHTE diametral anzusehen. DIE FUNDAMENTALEN MENSCHENRECHTE WERDEN AUSGEHEBELT.

Es arbeitet gegen die NATURGESETZE DER MENSCHHEIT überhaupt!

Artikel 30 der UNO_Menschenrechtsdeklaration besagt: niemand / keine Regierung (!) kann die Menschenrechte abschaffen!

Menschenrechte gelten immer und können NICHT ABGESCHAFFT WERDEN.

Das Vorgehen in der Covid-19-Krise belegt eine Internationale Verschwörung / Korruption unter Beteiligung der Regierungen, Weltbanken, IWF/WHO/CDC usw.

Es sollen Menschen+ Grundrechte ausgehebelt werden, um eine sozialistische Online-Diktatur einzuführen.

Die Verantwortlichen (in diesem Fall die Bundesregierung) kann die Verwicklung in diese Vorgänge vor der Bevölkerung nicht zugeben, daher sollen weitere Einschränkungen des täglichen Lebens und die dazupassenden Änderungen der Gesetze vorgenommen werden.

Die Änderung des Gesetzes und etwaige nachfolgende Maßnahmen werden die wirtschaftliche/gesellschaftliche/gesundheitliche Lage weiter verschärfen und könnten zu bürgerkriegsähnlichen / aggressiven Reaktionen in der Bevölkerung führen.

EINE ECHTE DEESKALIERNDE UND RECHTSKONFORME GESUNDHEITSPOLITIK
konzentriert sich auf Maßnahmen für KRANKE MENSCHEN, und geht nicht gegen die GESUNDE BEVÖLKERUNG VOR. Besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Ältere und Kinder leiden bereits massiv unter den Maßnahmen, wenn sie sich noch nicht suizidiert haben oder inzwischen ohnehin verstorben sind (an Vernachlässigung, nicht an Corona!).

Der Bundespräsident müsste dringend einschreiten.

Die Bundesregierung verfolgt eine Politik des Todes und wird unwiderbringlich unfassbar großen Schaden an der Volkswirtschaft, an der Psyche und körperlichen Gesundheit der Menschen in Österreich anrichten.

Mag. Gabriele Mann (Psychologin)

